

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	51 (1971-1972)
Heft:	7: Was soll aus Afrika werden? : Ein Kontinent auf der Suche nach seiner Zukunft
 Artikel:	Die unsichtbaren Grenzen Afrikas
Autor:	Holzer, Werner
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-162647

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was soll aus Afrika werden?

ZU DIESEM HEFT

Man erinnert sich: Vor ziemlich genau zehn Jahren schien Afrika in Flammen zu stehen. Kolonie um Kolonie erlangte die Unabhängigkeit; Ost und West rangen, buhlten, infiltrierten nach Kräften. Aber bereits die paar wenigen Jahre seither haben genügt, um all das Riskante und Furchtbare, das in Afrika passiert ist – Kongo und Biafra, Meuterer und Söldner, Revolten und Gegenrevolten – gewissermassen à distance durch den umgekehrten Feldstecher zu sehen als das, was sich so bequem und handlich mit einem Wort umschreiben und abtun lässt: «Geburtswehen». Nun scheint Normalität eingekehrt zu sein. Africa addio?

Doch inzwischen zeichnet sich ein neues weltpolitisches Gleichgewicht ab, und Afrika muss seinen Platz darin finden. In Ostafrika fassen die Chinesen Fuss. Die Sowjets haben ihre festen Klienten. Andere auch. Werden die Würfel einst in Afrika fallen? Niemand weiss es. Aber wir haben jedenfalls Grund genug, um uns zu fragen, wie es denn nun eigentlich in Afrika weitergehen soll. D. F.

WERNER HOLZER

Die unsichtbaren Grenzen Afrikas

Der Traum vom einen Afrika

Manchmal träumen Afrikaner einen schönen Traum: Sie sehen darin ihren grossen Kontinent als eine gemeinsam leidende, aber auch gemeinsam handelnde Einheit, der bald seinen Platz neben den mächtigen Industrienationen dieser Welt einnehmen wird. Dieses Bild von dem *einen* Afrika, dieser Trugschluss, der die tiefgreifenden Gegensätze nicht sehen will, gleicht auf verblüffende Art jener naiven Vorstellung, die viele Europäer auch heute noch vom Schwarzen Kontinent haben. Ungeachtet eigener Erfahrungen macht

in den Augen des weissen Mannes die gemeinsame schwarze Hautfarbe die Afrikaner alle gleich. Man verurteilt zwar die Folgen von Stammesgegensätzen, legt aber doch überall den gleichen Massstab an. Der afrikanische Einheitstraum hat selbstverständlich andere Wurzeln. Für ihn ist die schwarze Haut nur ein Sympol, eine ständige Erinnerung daran, dass der Schwarze Mann allen Verschiedenheiten zum Trotz gemeinsam das Schicksal der fremden Herrschaft, der Diskriminierung seiner Rasse, erdulden musste, dass er über Jahrzehnte und oft über Jahrhunderte hinweg nicht Herr seines eigenen Schicksals war.

Für Afrika als Ganzes, aber auch für die Mehrzahl seiner Staaten, hat noch immer jener warnende Hinweis eines britischen Ethnologen Gültigkeit, der schon ein Jahrzehnt vor dem nigerianischen Bürgerkrieg über Nigeria ausgesprochen wurde. Nüchtern erklärte dieser Wissenschaftler damals, die Menschen in Nordnigeria unterschieden sich von ihren Landsleuten im Süden etwa ebenso, wie finnische Lappen von Sizilianern. Noch wenige Wochen vor der Unabhängigkeitserklärung Biafras, der damaligen nigerianischen Ostregion, wollten viele Nigerianer diese Tatsache nicht wahrhaben. Bei einer Diskussion mit nigerianischen Studenten in einer deutschen Universität weigerten sich die meisten von ihnen damals standhaft, Auskunft darüber zu geben, aus welchem Landesteil Nigerias, von welchem Volk also, sie kamen. Fast zornig sagten sie ihren Gesprächspartnern immer wieder: «Wir sind *Nigerianer!*» Jede Frage nach Unterschieden schien ihnen nichts anderes als ein Versuch der Weissen, Zwietracht nach Afrika zu tragen.

Ernüchterung

Ein Jahrzehnt staatlicher Unabhängigkeit und zahlreiche innere Konflikte Afrikas haben viele afrikanische Träumer ernüchtert. Sie mussten erkennen, dass die gemeinsame Erfahrung aus der Kolonialzeit allein nicht stark genug ist, um jene Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die eine unterschiedliche historische, soziologische und wirtschaftliche Entwicklung und verschiedene Kulturen, Sprachen und Religionen einst geschaffen haben. Solange man noch gegen die Kolonialmächte um die Unabhängigkeit kämpfen musste, schien alles einfach. Die gemeinsame Gegnerschaft und das gleiche Ziel, überdeckte nicht nur die egoistischen Gegensätze zwischen einzelnen Gruppen innerhalb der damaligen Kolonien, sondern schien auch grössere, regionale Gruppierungen für die Zeit nach der Unabhängigkeit zuzulassen. Afrikanische Politiker wie Leopold Senghor und Modibo Keita in Westafrika und Julius Nyerere und Tom Mboya in Ostafrika, hatten gegen Ende der fünfziger Jahre konkrete Vorstellungen davon, wie aus kolonialen Ver-

waltungseinheiten nicht kleine Nationalstaaten, sondern grosse afrikanische Bundesstaaten werden könnten. Kwame Nkrumah in Ghana träumte seit 1957, als sein Land als erstes unabhängig geworden war, von den Vereinigten Staaten von Afrika und wies die Menschen des Kontinents immer wieder auf das Vorbild der USA oder der UdSSR hin.

Die beginnende Entkolonialisierung, durch den Kalten Krieg zwischen West und Ost kräftig vorangetrieben, wurde deshalb zwischen 1950 und 1960 zur grossen Zeit afrikanischer Träume von einer gemeinsamen schöneren Zukunft. Ein Nationalismus, der zunächst alle Stämme innerhalb kolonialer Grenzen zu verbinden schien, wurde in den Augen der Afrikaner zu einem Hebel, mit dem man die fremde Herrschaft aus den Angeln heben könnte. Für einen Kontinent, dessen nationalstaatliche Traditionen – soweit sie überhaupt vorhanden waren – schon Jahrhunderte verschüttet lagen, war das eine fast revolutionäre Wandlung. Mit einem Mal waren es nicht mehr Stammesfürsten, wie zum Beginn der Kolonialherrschaft, die sich mit ihren Untertanen den fremden Eindringlingen entgegenstellten, sondern intellektuelle afrikanische Nationalisten. Diese am Beispiel des europäischen Nationalismus geschulten Männer führten den Widerstand der verschiedenen Gruppen in nationalen Organisationen zusammen. Es ist kein Zufall, dass die damals gegründeten Parteien sich in der Mehrzahl die Bezeichnung «Sammlungsbewegung» – im französisch sprechenden Afrika – und «Nationalunion» – im englisch sprechenden – gaben. Wie stark und gefährlich für die Zukunft die Komponente des Gruppenegoismus in jeder nationalistischen Idee ist, musste den Afrikanern damals entgehen. Sie sahen meist nur, wie der Schritt vom Stamm zur Nation die weissen Staaten vorangebracht hatte.

So notwendig aber der nationalistische Eifer für den Kampf um die Unabhängigkeit auch gewesen ist, er konnte nur vorübergehend darüber hinwegtäuschen, dass die nach und nach entstehenden jungen afrikanischen Staaten meist nicht viel mehr als Verwaltungseinheiten innerhalb künstlicher, durch die Kolonialherrschaft gezogener Grenzen darstellten – Staaten also ohne Nationen. Der natürliche Egoismus der Stämme und Gruppen, von den Kolonialmächten in der Vergangenheit häufig noch unter dem Motto des «Divide et impera» weidlich genutzt, blieb hinter der nationalen Fassade stark wie eh und je. Die enge Bindung des einzelnen Afrikaners an die eigene Grossfamilie und seinen Stamm bestimmten auch weiterhin wesentlich sein Leben. In diesen traditionellen Institutionen afrikanischen Lebens lag seine Sicherheit begründet, wenn er krank wurde, arbeitslos oder alt. Solange niemand anders ihm diese Sicherheit bieten konnte, galt und gilt deshalb ihnen seine Loyalität. Sie waren weiter funktionierende Wirklichkeit.

Die Stunde der Wahrheit kam mit der Ablösung der fremden Herrschaft durch eigene Regierungen. Die bisherige Kampfgemeinschaft bekam tiefe Risse. Von nun an regierten die einen, mussten die Verantwortung tragen und sahen sich schnell zum Beispiel den zwar berechtigten, oft aber auch unerfüllbaren Forderungen ihrer einstigen Kampfgenossen gegenüber, die nun die Interessen schwarzer Arbeiter vertraten. Traditionelle Herrscher sahen sich von modernen Politikern in ihrer Macht eingeschränkt. Die Sprecher christlicher und islamischer Gemeinschaften begannen um Vorteile für ihre Gruppen zu kämpfen. Große Stämme, wie etwa die Kikujus in Kenia, jagten den kleineren Stämmen des Landes Angst vor neuer Dominierung ein.

Mühselige Modernisierung

Kaum entstanden, waren die jungen afrikanischen «Nationen» in vielen Fällen von innen her bedroht. Wirtschaftlich in der Mehrheit schwach, meist ungenügend organisiert und dem starken Beharrungsvermögen traditioneller Strukturen ausgesetzt, zeigte sich bald, dass ihr Nationalismus ohne die Klammer des gemeinsamen Feindes auf schwachen Füßen stand. Afrikas Staatschefs standen bald vor einem mehrfachen Dilemma: Um den Zerfall ihrer neuen Staaten zu verhindern, mussten sie entweder mit den traditionellen Herrschern ihren Frieden machen oder deren Einfluss auf weite Teile der ländlichen Bevölkerung ausschalten. Im Senegal, in Kenia, in Nordnigeria und in Ghana – nach dem Sturz Kwame Nkrumahs – spielten bald ehemalige Häuptlinge, Scheichs und Emire die Rolle des Politikers oder Verwaltungsbeamten. In vielen Fällen hatte sich damit nur der Titel, nicht aber die Denk- und Verhaltensweise geändert. Anderseits hat der Versuch der Ausschaltung traditioneller Herrschaftsformen und ihrer entwicklungshemmenden Tendenzen die inneren Gegensätze in vielen afrikanischen Staaten nur noch vertieft. Kwame Nkrumah in Ghana und Sekou Touré in Guinea vor allem liessen es auf eine Kraftprobe ankommen und gaben den alten Herren des Landes nur noch folkloristische Funktionen, wenn sie sich nicht völlig der Autorität des neuen Staates unterordneten. Nkrumahs Sturz im Jahre 1966 hatte hier eine seiner Ursachen.

Doch auch dort, wo es nicht zu einer so deutlich sichtbaren Frontenbildung kam, wo Männer wie Jomo Kenyatta in Kenia, Julius Nyerere in Tansania oder Kenneth Kaunda in Sambia eine behutsamere Politik des «nation building» betrieben, hat dieser langsame Modernisierungsprozess zu Spannungen geführt. Althergebrachte Gewohnheiten stiessen sich mit neuen Notwendigkeiten. Solange etwa die alten Bodenverfassungen Gültigkeit besitzen – in Äthiopien etwa sind es über hundert verschiedene Rechtsformen –

kann keine afrikanische Regierung mit dem Problem der Zersiedlung und damit mit der lebensnotwendigen Reform der afrikanischen Landwirtschaft fertig werden.

Nationalismus – zweischneidiges Schwert

In der Auseinandersetzung mit der Stammesvergangenheit war die einzige wirksame Waffe wiederum der neue Nationalismus, für den man vor allem die jüngeren Menschen begeistern konnte. Er entwickelte sich allerdings häufig zu einem zweischneidigen Schwert. Nkrumah zum Beispiel und seine politischen Freunde berauschten sich selbst und ihre Anhänger mit einem hektischen Nationalismus, der im übrigen Afrika, bei konservativen wie bei fortschrittlichen Politikern, Misstrauen weckte. Der damalige Regierungschef des Senegal, Mamadou Dia, sprach es offen aus: «Ghanokratie, damit wollen wir nichts zu tun haben.» Er, wie auch Tom Mboya in Kenia, fürchteten, dass hinter Nkrumahs panafrikanischen Träumen nicht viel mehr als persönlicher Ehrgeiz verborgen war. Tatsächlich war Ghanas Politik Anfang der sechziger Jahre von Bewusstseinsspaltung befallen. Auf der einen Seite predigte man im Inneren Chauvinismus, benutzte Formeln wie Neokolonialismus und Imperialismus vor allem, um dem müde werdenden Nationalismus neuen Schwung zu verleihen und züchtete damit nicht selten ghanaischen Hochmut gegenüber anderen Afrikanern. Die Ausweisung aller nicht ghanaischen Afrikaner in den Jahren 1969/70 ist eine späte Folge dieser Politik. Auf der anderen Seite sorgte Nkrumah dafür, dass in die Verfassung seines Landes ein Passus aufgenommen wurde, der ausdrücklich festlegte, Ghana sei bereit, «ganz oder teilweise auf nationale Souveränität zu Gunsten gröserer afrikanischer Einheiten zu verzichten.» Vor dem «Allafrikanischen Kongress» im April des Jahres 1960 rief Nkrumah den Delegierten zu: «Nichts als unsere eigenen grundlosen Befürchtungen und Zweifel können uns davon abhalten, eine wahrhaft praktische politische Union (ganz Schwarzafrikas) zu schaffen. Die Grösse dieses Ziels überstrahlt alles andere so sehr, dass sie jeden verpflichtet . . . , seine eigenen kleinen Interessen, seinen Stolz und sein Selbstbewusstsein zurückzustellen. Die überwältigende Bedeutung afrikanischer Einheit fordert den Verzicht auf alle Vorbehalte persönlicher, stammesmässiger oder regionaler Art.»

Statt Panafrika: Balkanisierung

In dem Jahrzehnt, das seither vergangen ist, hat sich nicht nur in Ghana gezeigt, dass das Mittel des afrikanischen Nationalismus zwar langsame,

aber doch sichtbare Änderungen im Inneren der einzelnen Länder bewirken konnte, dass er aber ein Hemmschuh nicht nur für die panafrikanischen Bestrebungen, sondern sogar für die weit realistischeren regionalen Bemühungen ist. Inzwischen erstarrte nämlich die nationalistische Bewegung in vielen Staaten des Kontinents zu einem Repräsentations-Nationalismus, wie er vor einem Jahrhundert Europas kleine Königreiche und Fürstentümer geprägt hat. Die weitgehende «Balkanisierung» Afrikas im Gefolge der Entkolonialisierung hat in vielen der kleineren, ohne fremde Hilfe nicht lebensfähigen Staaten neue Herrschaftstraditionen begründet, die grossräumigen Planungen immer mehr im Wege stehen. «Wir haben heute alle unsere eigenen Präsidenten, Minister, Parlamente und Generäle», beklagte kürzlich ein Westafrikaner diesen Zustand, «und können von ihnen nicht mehr lassen, obwohl wir alle uns diesen Aufwand nicht erlauben können. Uns steht inzwischen unser neuer, künstlicher Nationalismus im Weg.» Tatsächlich bedeutet Nationalismus in vielen dieser kleinen Republiken nicht viel mehr als persönlicher Ehrgeiz und Eitelkeit der Regierenden und Neid der Regierten auf die jeweiligen Nachbarn, denen es vielleicht wirtschaftlich ein wenig besser geht. Solange dies aber die Basis eines Staates ist, muss die innere Situation instabil bleiben. Die Leichtigkeit, mit der bei Militärputschen die Spitze ausgewechselt werden kann, ist dafür nur ein Beweis.

Nun ist die Kleinstaaterei Afrikas nicht nur eine Folge der Uneinsichtigkeit afrikanischer Politiker. Viele von ihnen wurden durch äusseren Einfluss geradezu in diese Situation gedrängt. Die bereits früher erwähnten Bestrebungen, grosse koloniale Verwaltungseinheiten über den Tag der Unabhängigkeit hinaus zu bewahren, sind an fremder Einflussnahme gescheitert. Das gilt für die geplante Mali-Föderation aus dem ehemaligen Französisch-Westafrika ebenso wie für den von Präsident Nyerere damals angestrebten Ostafrikanischen Staatenbund aus Kenia, Uganda und Tanganjika, das sich inzwischen mit Sansibar zu einer Union von Tansania zusammengeschlossen hat. Gegen die Mali-Föderation stellten sich einflussreiche französische Kreise, die von einigen afrikanischen Politikern wie Präsident Houphouet-Boigny unterstützt wurden. Die Chance, Unabhängigkeit zu gewähren und doch wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu wahren, schien den Kolonialmächten in den fünfziger Jahren in vielen kleinen afrikanischen Staaten eher gewahrt als in grossen Föderationen. Die gleiche Überlegung verbarg sich hinter den Aktionen belgischer Wirtschaftskreise, die noch lange nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Kongokolonie die Sezessionsversuche der Provinz Katanga tatkräftig gefördert haben, obwohl Belgien selbst zuvor den Kongo auf der Grundlage der Interdependenz seiner grossen Provinzen entwickelt und verwaltet hatte.

Die Gegner grösserer afrikanischer Einheiten weisen dagegen immer wie-

der auf die inneren Gegensätzlichkeiten hin, auf den Ehrgeiz der verschiedenen Personen und Gruppen, wenn sie Föderationen nicht für praktikabel halten. Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit; denn vieles von diesem Ehrgeiz und von den Gegensätzen ist durchaus künstlich geschaffen worden, kurz bevor man sich dazu entschied, die Kolonien freizugeben. Vor allem aber sind die kleinen kolonialen Verwaltungseinheiten in kaum einem Fall natürlich gewachsen. Bei der innerafrikanischen Grenzziehung gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts wurde sich das sonst so zerstrittene Europa schnell einig. Kolonien entstanden mit Rücksichtnahme auf europäische Gegebenheiten und nicht auf afrikanische Wirklichkeit. Stämme wurden dabei zerschnitten, Sprachzonen getrennt und historische Einheiten aufgelöst. So ist es kein Zufall, dass die heute vielgescholtenen afrikanischen Stämme – wie die Ewe in Togo, die Fulbe in Mali und die Haussa in Nigeria und Niger – die neuen nationalen Grenzen leicht missachten.

Die Schwierigkeiten wachsen

Die Staaten Afrikas müssen mit diesen sichtbaren und vielen unsichtbaren Grenzen leben. Ob sie dabei alle überleben können, ist jedoch fraglich. Zu den inneren Problemen – dem Konflikt zwischen Stamm und Nation, zwischen christlich und islamisch geformten Gesellschaften, zwischen städtischem Entwicklungsvorsprung und ländlicher Rückständigkeit – kommen äussere Probleme hinzu, auf die Afrika bisher wenig Einfluss nehmen kann. Die erste Entwicklungsdekade, im vergangenen Jahr abgelaufen, hat gezeigt, dass man mit den herkömmlichen Methoden und Mitteln die Probleme der Entwicklungsländer im allgemeinen und Afrikas im besonderen nicht lösen kann. Trotz der aufgewendeten Milliardenbeträge und beträchtlicher technischer und personeller Hilfe ist der Abstand zwischen den Besitzenden und den Habenichtsen in diesem Zeitraum grösser und die Lage vieler afrikanischer Staaten noch verzweifelter geworden. Nicht nur in Ghana, Mali, Dahomey und Tschad frisst der Zins- und Tilgungsdienst heute die meisten neuen Kredite auf. Das hat seine Ursache zu einem Teil darin, dass diese Rohstoff liefernden Staaten fast schutzlos dem Schwanken der Weltmarktpreise ausgesetzt sind. Zu einem anderen Teil liegt es gewiss auch an der Tatsache, dass die meisten Geberländer – wie man in dem unverdächtigen Pearson-Bericht nachlesen kann – Entwicklungshilfe bisher häufig als eine Art stille Exportförderung betrachtet haben. Schuld aber trägt ebenso die politische und damit staatliche Struktur Afrikas, die regionale Planung von Infrastruktur und Wirtschaft verhindert und sich aus nationalem Egoismus dem Entstehen grösserer Märkte widersetzt.

Ausweg aus dem Teufelskreis?

Viele der politischen Spannungen zwischen verschiedenen Ländern Afrikas und auch innerhalb einzelner Staaten haben ausschliesslich wirtschaftliche und soziale Ursachen. Der Verfall der Erzeugerpreise für ein bestimmtes Produkt kann über das Schicksal einer Regierung entscheiden. Die politische Anlehnung an Länder der westlichen Welt oder des Ostblocks bedeutet angesichts dieser Tatsachen nur ein Hinausschieben der latenten Konflikte. Die «Organisation für afrikanische Einheit», das zeigt sich immer deutlicher, kann heute nicht mehr sein als ein notwendiges Forum, vor dem man nach Kompromissen in innerafrikanischen Streitigkeiten sucht. Afrikas politische Landkarte wird sie ebenso wenig über Nacht ändern können, wie die wirklichkeitsfremden panafrikanischen Bestrebungen vor einem Jahrzehnt dazu im Stande waren. Doch wenn Afrika diese schwierige Periode seiner Geschichte überstehen will, ohne in Chaos oder neue Abhängigkeiten zu geraten, dann muss es aus eigener Kraft die Fähigkeit entwickeln, grössere regionale Planungs- und Wirtschaftseinheiten zu begründen. Nur so wird der Kontinent sich langsam aus dem Teufelskreis von Armut und Rückständigkeit befreien können, die am Anfang allen staatlichen Zerfalls stehen. Ob dieser Kontinent der mehr als tausend Sprachen dazu allerdings die Kraft aufbringt, ist zu diesem Zeitpunkt schwer zu sagen.

HANS KARL FREY

Regionale Zusammenarbeit und nationaler Aufbau im Widerstreit

Vom Kolonialismus zum «Neokolonialismus»

Die ursprüngliche Zweckbestimmung der Kolonialwirtschaft war, dem Mutterland zu günstigen Bedingungen Rohstoffe und Naturprodukte zu verschaffen und ihm den Absatz seiner Manufakturwaren zu sichern. Die Entwicklung einer nationalen Volkswirtschaft mit lokaler Versorgungsindustrie